INTEGRATIONSKURSE

Rat der Weiterbildung nimmt Stellung

Die Mitgliederversammlung des Rates der Weiterbildung – KAW hat Ende 2010 mit Erleichterung zur Kenntnis genommen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) der Forderung vieler Integrationskursträger gefolgt ist und die Sperrfristen zum 1. Januar 2011 aufgehoben hat, sodass wieder alle integrationswilligen Zuwanderinnen und Zuwanderer einen Integrationskurs besuchen können und nicht unangemessene Wartezeiten in Kauf nehmen müssen. Im vergangenen Jahr hatten sich geschätzte 20.000 Kursinteressierte, unter ihnen insbesondere sogenannte »Alt-Zuwanderer«, angestaut. Ebenso begrüßte der Rat der Weiterbildung, dass das BAMF die Möglichkeit einräumt, im ländlichen Raum mit den Regionalkoordinatoren örtlich angepasste Lösungen zu finden. Damit könnten Kurse im ländlichen Raum, die aufgrund einer zu geringen Zahl von Teilnehmenden sonst ausfallen müssten, durchgeführt werden. Allerdings weist der Rat der Weiterbildung darauf hin, dass im Sinne der dringenden Planungssicherheit für die Träger die jetzt geltenden Zugangsregelungen längerfristig Gültigkeit haben müssten. Aus Sicht der Träger sind vor allem folgende Probleme weiterhin ungelöst:

– Fehlende Möglichkeiten zur Kurswiederholung: Rund 15 % aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Aufbausprachkurses erreichen derzeit in der Prüfung das Sprachniveau nicht. Sie von einem Wiederholungskurs auszuschließen bedeute in der Konsequenz den Verzicht auf ihre sprachliche Integration.

– Lehrkräftequalifizierung: Mit der kompletten Streichung der Zuschüsse drohe der Ausfall dieser Angebote. Nach Meinung des BAMF sind in den letzten Jahren ausreichend Lehrkräfte qualifiziert worden. Doch das BAMF

unterschätzt laut KAW die Fluktuation im Bereich der Lehrkräfte. Die Streichung der Zuschüsse werde dazu führen, dass in den nächsten Jahren nicht in ausreichendem Maße qualifizierte Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Damit sei die Durchführung der Kurse grundsätzlich gefährdet.

– Fahrtkosten: Die Streichung der Fahrtkostenerstattung (bei einer Entfernung von unter 3 km) führe nicht nur zur Einschränkung, den Anbieter frei zu wählen, sondern gefährde generell die Teilnahme an den Kursen.

Grundsätzlich hält die KAW fest, dass die Kostensteigerungen bei den Integrationskursen, die zu den Sparmaßnahmen führten, aus der hohen Nachfrage resultierten und Ausdruck des Erfolgs der gemeinsam getragenen Integrationspolitik seien. Die Sparmaßnahmen stünden nicht im Einklang mit den Zielen des Nationalen Integrationsplans und des Koalitionsvertrags der Regierungsparteien. Die Teilnehmenden der Integrationskurse seien motiviert und integrationswillig. Es gebe so gut wie keine Abbrecher aus mangelndem Integrationsinteresse. Zwar beendeten nicht sämtliche Kursteilnehmenden die jeweiligen Module. Wenn Kurse nicht beendet würden, lägen die Ursachen aber meist woanders. Kurse würden aufgrund von Schwangerschaft, Krankheit, Arbeitsaufnahme unterbrochen, manchmal auch wegen eines Umzugs aus finanziellen Gründen.

Deshalb bekräftigt die KAW: »Unser Ziel sollte es sein, die Erfolgsgeschichte der Integrationskurse gemeinsam fortzuschreiben und die derart belastenden Einschnitte für die Migrantinnen und Migranten abzuwenden, damit die Integrationspolitik in Deutschland keinen dauerhaften Schaden nimmt und 2011 wieder ein Jahr der Integration werden kann. Der Rat der Weiterbildung fordert über die jetzt

vorgenommenen sinnvollen Veränderungen hinaus die Bundesregierung daher dringend auf, den Kursträgern in Zukunft eine höhere Sicherheit bei der Planung und Durchführung der Integrationskurse zu gewähren, Finanzmittel für die Lehrkräftequalifizierung sowie für eine angemessene Honorierung der Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen und weiterführende Förderangebote für Teilnehmer/-innen mit einem Prüfungsergebnis unterhalb A2 zu etablieren.«

js

Web 2.0 und Bildung

»Ich bin drin, du bleibst draußen!« Mit dieser provozierenden Aussage eröffnete Winfried Engel von der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk (LPR) und neue Medien die Podiumsdiskussion im Rahmen der Fachtagung »Familie 2020: Aufwachsen in der digitalen Welt« im Bonifatiushaus Fulda. Für den Bundestagsabgeordneten Michael Brand aus Fulda, stellvertretendes Mitglied der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft, verfügen Kinder über eine höhere technische Kompetenz im Umgang mit Medien, dennoch bleibe die Verantwortung für die inhaltliche Medienerziehung bei den Eltern. Prof. Dr. Nadia Kutscher von der Katholischen Hochschule in Köln sagte, das Internet liefere zugängliche Informationen für alle und biete vielfältige Möglichkeiten der Partizipation. Dennoch sei eine soziale Ungleichheit zu befürchten, da sich je nach Bildungsstandard ein unterschiedliches Nutzungsverhalten entwickelt. Konsens bestand in der anschließenden Diskussion bezüglich der Notwendigkeit, Medienkompetenz im Bildungsbereich zu vermitteln. Die finanziellen Mittel hierzu würden oftmals fehlen.

Kooperationspartner der Tagung waren das Bonifatiushaus Fulda, die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), die LPR Hessen und das Institut für Medienpädagogik und Kommunikation Hessen.

EUROPA

Lebenslanges Lernen: Europäisches Ranking

Beim lebenslangen Lernen sind die Dänen Spitze, Deutschland landet hingegen im Vergleich der 27 EU-Staaten – vor allem wegen Schwächen bei der formalen Bildung – nur im Mittelfeld. Das geht aus dem »European Lifelong Learning Index« (ELLI) hervor, den die Bertelsmann Stiftung Ende 2010 vorlegte. Den Index hat ein internationales Expertenteam erarbeitet und damit die Daten über lebenslanges Lernen in Europa erstmals auf eine vergleichbare Grundlage gestellt. Den Ergebnissen zufolge haben neben den Dänen auch die Niederlande sowie Schweden und Finnland beim lebenslangen Lernen die Nase vorn. Diese Staaten gehören gleichzeitig zu denen mit der höchsten Lebenszufriedenheit, der größten Wettbewerbsfähigkeit und der niedrigsten Korruption. Am unteren Ende der ELLI-Skala finden sich vor allem südeuropäische Länder wie Rumänien, Bulgarien und Griechenland. Deutschland kommt auf Platz zehn und erreicht dabei eine Indexpunktzahl, die nur knapp über dem europäischen Durchschnitt liegt. In den Index sind insgesamt 36 Indikatoren eingeflossen, wobei erstmals auch Lernprozesse außerhalb der Bildungsinstitutionen, z.B. das Lernen am Arbeitsplatz und in der Freizeit, berücksichtigt wurden.

Neben dem Hauptindex gibt es Unterindizes für die einzelnen vier Lerndimensionen, wie sie die UNESCO definiert hat: Während der Bereich »Lernen, Wissen zu erwerben« das klassische formale Bildungswesen betrachtet, umfasst »Lernen zu handeln« die berufliche Aus- und Weiterbildung. Unter der Kategorie »Lernen, zusammen zu leben« werden die informellen sozialen Lernaktivitäten in der Freizeit zusammengefasst. Der Bereich »Lernen, das Leben zu gestalten« bezieht sich schließlich auf das eigenständige Lernen

zur persönlichen Weiterentwicklung. Wie aus dem Index hervorgeht, hat Deutschland auch im Bereich Weiterbildung Nachholbedarf: Bei den Teilnahmequoten wie beim finanziellen Engagement der Unternehmen landet die Bundesrepublik nur im Mittelfeld. Besser sieht es beim nonformalen und informellen Lernen in der Freizeit aus.

Hier punktet Deutschland vor allem mit einer guten Lerninfrastruktur, die ja für das lebenslange Lernen von zentraler Bedeutung ist. Erstellt haben den Index die Sozialwissenschaftler Prof. Klaus Schömann und Dr. Christoph Hilbert vom Bremer Jacobs Center on Lifelong Learning and Institutional Development (JCLL).

VON PERSONEN

Theo W. Länge, langjähriger Vorsitzender des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) und Geschäftsführer des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben, wurde auf dem 3. Deutschen Weiterbildungstag 2010 in Berlin mit einem Ehrenpreis ausgezeichnet. Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), würdigte Länge in seiner Laudatio als einen unermüdlichen und streitbaren Kämpfer für die politische Bildung. Zu Länges Ämtern gehörten u.a. der Vorsitz des Bundesausschusses und der stellvertretende Vorsitz des Rates der Weiterbildung – KAW. Mit dem Jahreswechsel 2010/11 war auch die Stabübergabe in der Geschäftsführung des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben verbunden. **Barbara Menke**, die seit 1994 in der Bundesgeschäftsstelle tätig ist, trat die Nachfolge von Theo W. Länge an, der am 4. März 2011 in Wuppertal mit einem Festakt verabschiedet wurde.

Pascal Kreuder ist seit Mitte Oktober 2010 neuer Referent in der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB). Er hat die Nachfolge von **Ulrike Leikhof** angetreten.

Die Mitgliederversammlung des Rates der Weiterbildung – KAW hat **Anja Eckert** als stellvertretende Vorsitzende in den Vorstand des Rates gewählt. Sie bildet nun zusammen mit **Prof. Dr. Rudolf Tippelt** von der Universität München und **Andrea Hoffmeier** von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) den Vorstand. Sie folgt auf **Julia Schlier**, die aus beruflichen Gründen im Sommer von ihrem Vorstandsamt zurücktrat. Eckert ist Bundesgeschäftsführerin des Verbandes Deutscher Privatschulen (VDP).

Die Sektion Erwachsenenbildung der Deutschen Gesellschaft für Erwachsenenbildung (DGfE) hat Ende 2010 einen neuen Vorstand gewählt: Vorsitzende ist **Dr. Sabine Schmidt-Lauff**, Professorin für Erwachsenenbildung an der TU Chemnitz, Stellvertreterin **Dr. Christiane Hof**, Professorin für Erwachsenenbildung an der Universität Frankfurt am Main.

Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e.V. (DGWF), **Dr. Martin Beyersdorf** (Hannover) als Vorsitzender und **Professor Dr. Joachim Ludwig** (Potsdam) sowie **Helmut Vogt** (Hamburg) als Stellvertreter, sind Ende 2010 wiedergewählt worden.

Katholische BAG für berufliche Bildung mit neuem Vorsitzenden

Die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für berufliche Bildung hat einen neuen Vorsitzenden. **Ulrich Volmer** vom Kolpingwerk Deutschland hat den Direktor der Akademie Klausenhof, **Dr. Alois Becker**, abgelöst. Stellvertretender Vorsitzender ist **Dr. Hans Amendt** (Akademie Klausenhof). In der BAG sind Organisationen wie Kolping, der BDkJ, die KBE, der Caritasverband, die Stiftung Akademie Klausenhof, das Katholische Büro Berlin und andere zusammengeschlossen. Die BAG erarbeitet Stellungnahmen, gibt einen Nachrichtendienst heraus und veranstaltet politische Hintergrundgespräche.